

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1925**

250 (28.10.1925)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Verlagspreis: halbjährlich 1.20 M. mit 90 J ohne Zustellung. Einzelpreis 10 J. Samstags 15 J. — Anzeigen: die einsp. Kolonnenzeile 22 J, auswärts u. Kollektivans. 28 J, Restame 1 M. Annahmefrist 8 Uhr vorm. Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle: u. Redaktion: Luffenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag: der Verlagsdruckerei Volkstfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

### Koalitionsfragen in Baden

Die politischen Spitzengänge des Karlsruher Landrats Schabbe im volksparteilichen „Thiergarten“

Die Deutsche Volkspartei zieht an allen Schnüren, um die Ruffen auf der politischen Bühne zu einer Szenarie so zu stellen, daß sie zur Ausführung einer erzkreativen Komödie passend erscheint. Einzeldarsteller bei der Komödie sind die Herren Thiergarten, ein brennend ehrgeiziger junger Mann und Besitzer der „Badischen Presse“, sein journalistischer Adjutant, Herr Dr. Schneiders, und der Karlsruher Landrat Schabbe. Alle drei hassen die Sozialdemokratie und vereinigen sich harmonisch in der Gegnerhaft gegen den badischen Innenminister Genossen Kemmele. „Kemmele muß ja fallen!“ Das ist die Parole, auf die die drei Genannten besonders eingeschworen sind. Selbstverständlich haben sie dazu die freudige Zustimmung der Deutschen Volkspartei. Am Montag wurde dem Zentrum durch die volksparteiliche „Badische Presse“ das Schachergeschäft angeboten: für einen volksparteilichen Innenminister ein dauernder Staatspräsident aus dem Zentrum! Herr Finanzminister Dr. Köhler! Merken Sie was?

In der heutigen Morgenausgabe der „Badischen Presse“ wird die Volkspartei nun etwas deutlicher. An leitender Stelle ist zu lesen:

„Inzwischen haben sich einige Stimmen herausgemagt, die sich mit dem Ergebnis der badischen Wahlen und den daraus entstehenden Koalitionsmöglichkeiten beschäftigen. Klar und offen heraus gesagt, was sie will und wünscht, hat nur die sozialdemokratische Presse. Sie verlangt die Fortsetzung der Weimarer Koalition. Wir wiederholen, daß wir auch manche Verdienste der Weimarer Koalition anerkennen und sind darüber hinaus der Meinung, daß im Laufe der Entwicklung in kommenden Zeiten auch die Wiederherstellung dieser Koalition bei einer veränderten Situation wieder einmal notwendig werden kann. Trotzdem scheint uns dem politischen Leben in Baden keine größere Gefahr zu drohen als die Verlängerung der bisherigen Regierungskoalition über die Zeit der neuen Landtagsperiode hinaus. Sieben Jahre lang hat der Zusammenschluß der jetzigen Regierungsparteien gedauert. Die Arbeit, die unter dem Zeichen der Krisenwirkungen, der Revolution und schwerer innen- und außenpolitischer Erschütterungen stand, haben abgesehen von einem solchen Zeitraum, der der inneren Bedeutung noch viel länger war, als der äußeren, an sich, muß eine Koalition alt, müde und bequemt werden und den politischen Gestaltungswillen und ursprünglichen Sinn in selbstbequemer Kompromißerei verlieren. Wenn jetzt keine Veränderung eintritt, wo die Möglichkeit dazu gegeben ist, wenn jetzt vom Zentrum gewissermaßen das Thema aufgestellt würde, daß ohne Sozialdemokratie in Baden nicht regiert werden kann und daß, so müßte durch einen solchen Entschluß das politische Interesse der badischen Volkspartei erlöst werden. Die Volkspartei würde sich sagen, daß ja doch alles keinen Zweck habe und sich in dumpfer Resignation damit abfinden, daß die Idee der Demokratie in Baden durch die Autokratie einer politischen Lebensversicherungsgesellschaft auf Gegenleistung erlöst ist; die Opposition würde langsam aber sicher zum schließlichen Kampf auf das Gebiet feilischer und persönlicher Befehdung gedrängt werden, weil sich eben schließliche Opposition immer mehr als zwecklos erweisen würde.“

Es wird nun weiter dargelegt, daß die Verantwortung für eine solche Entwicklung viel zu schwer sei, als daß das Zentrum sie übernehmen würde. Die Volkspartei macht sich also bereits lebhaft Sorgen darüber, welche Verantwortung das badische Zentrum zu tragen vermöge. Wenn jodelnd sorgende Liebe Herr Dr. Schöfer nicht tief rühren sollte, muß er ja ein Herz von Stein haben. Man erfährt dann weiter, daß die Deutsche Volkspartei die Verantwortung nicht übernehmen könne, sich deshalb etwa der Mitarbeit zu entziehen, wenn ihre Wünsche nicht hundertprozentig, sondern in einem geringeren Prozentverhältnis erfüllt werden. Die Volkspartei ist also bereit, nach bewährter Tradition, mit sich handeln zu lassen. Es wird uns verraten, daß einige der Mitglieder der neuen volksparteilichen Fraktion am liebsten einen Rechtsblock bilden möchten, aber die „Badische Presse“ redet ihnen gut zu, auch mit weniger Zufriedenheit zu sein. Sodann wird die Behauptung aufgestellt, die sicher dem genialen Gehirn des Herrn Landrats Schabbe entsprungen ist, daß die Fortsetzung der Weimarer Koalition für Baden die größte Gefahr darstelle. Gleichzeitig verkündet die „Badische Presse“, daß die Herren Dr. Schöfer und Dr. Köhler nicht mehr gewählt seien, Herr Dr. Hellpach zum Kultusminister zu wählen. Als Latiade stellt die „Badische Presse“ auch die Behauptung auf, daß keine einzige der im Landtag vertretenen Parteien eine Koalition mit dem Zentrum mitmacht, in der dieses das Kultusministerium beansprucht. Da aber das Zentrum in jeder abzuschließenden Koalition über mehr als die Hälfte der Stimmen verfüge, so müsse man ihm, um es einzufangen und geneigt zu machen, das Staatspräsidium anbieten. Das volksparteiliche Trio,

Zeitungsbesitzer, Chefredakteur und Landrat, ist nach strengender kollektiver Gedankenarbeit zu dem Ergebnis gekommen, das neue badische Kabinett wie folgt aufzustellen (wir zitieren nun wieder wörtlich die heutige Morgenausgabe der „Badischen Presse“):

„Wenn im neuen Kabinett das Staatspräsidium und die Finanzen dem Zentrum blieben, so wüßten von der drei verbleibenden Ministerien Justiz, Inneres und Kultus je eines dem Demokraten und der Volkspartei vorbehalten werden, wobei die Entscheidung dem Zentrum wesentlich erleichtert werden könnte, wenn von liberaler Seite ein Finanzmann, der gleichzeitig Katholik ist, wie etwa der Karlsruher Landrat Schabbe, für das Innere oder für das Kultusministerium präferiert würde. Ein Staatsrat, der die Majorisierungsgeschäfte der doppelten Stimme des Staatspräsidenten aufzubehalten hätte, müßte der Deutschen Volkspartei, die wahrscheinlich durch Anschluß der beiden Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung um drei Mandate stärker gemacht wird als die demokratische Fraktion, wohl noch zugebilligt werden. Wäre das ein Schachergeschäft oder nicht vielmehr die einzig mögliche Lösung der Aufgabe, das politische Leben in Baden neu zu wecken und die Gegensätze auf einer mittleren Linie zu versöhnen? Wer die Initiative übernimmt, Zentrum oder Volkspartei, ist herzlich gleichgültig, wenn sie nur überhaupt gemacht wird.“

Also Fort mit der Weimarer Koalition! Heraus mit der Sozialdemokratie aus der badischen Regierung! Für den Anfang ein Bürgerblock und dann zu einem Rechtsblock und zu einer reaktionären volksparteilich-deutschnationalen Politik in Baden zu kommen. Und das Zentrum soll nach den Wünschen und Wünschen der Volkspartei der Helfers Helfer sein. Die Volkspartei glaubt also heute bereits dem badischen Zentrum, das sich erst noch vor wenigen Wochen für Herrn Dr. Ritter erklärt hat, zu mühen zu dürfen, es solle gleichsam Herrn Dr. Ritter einen Faustschlag mitten ins Gesicht verpassen und mit der Volkspartei einen Rechtsblock machen. Wir Sozialdemokraten sehen den volksparteilichen Anstrengungen und Wünschen interessiert, aber so fühlte sich nur möglich zu. Ein Bürgerblock in Baden hieße einen innerpolitischen Kampf eröffnen, den wir Sozialdemokraten nicht und mit aller Energie aufnehmen würden. Vielleicht hätte auch einmal eine Periode eines solchen Kampfes ihr Gutes? Gewiß, das badische Land würde politisch und wirtschaftlich darunter leiden, aber solche Sorgen haben ja die Nationalliberalen noch nicht angeplagt. Bemerkenswert dürfte noch sein, was der Zentrumsabgeordnete, Herr Adam Röder, über die Koalitionsfrage in Baden schreibt. Die heutige Morgenausgabe der „Badischen Beobachters“ druckt ohne Kommentar die Röderschen Auslassung ab. Wir zitieren:

„Wie wird die parlamentarische Zukunft sich gestalten, wie wird die Zusammenfassung der Regierung sein? Schon loden allerhand Stimmen aus den unentschiedenen Lagern zu einem Bürgerblock, in dem die Nationalliberalen den Ton ansetzen und die Ministerliste bestimmen. Die Nationalliberalen wollen gerne die Sozialdemokratie ausschalten und mit Zentrum und Deutschnationalen eine „bürgerliche Regierung“ bilden. Man kennt diese Kattenfänger-Methoden, aber die Zentrumsparterie ist nicht kindisch genug, auf solche Schmalmeintöne einer von Stresemanns Gnaden fundierten Zeitungspropaganda hereinzufallen und eine reaktionäre Gewaltpolitik zu treiben. Die Zentrumsparterie wird ihre demokratischen Grundzüge nicht verkennen; sie wird die zweifelhafte Partei des Parlaments von der Regierung nicht ausschließen. Bestigta terrent! (Vorländer schreden ab.) Sie kann vielleicht die Politik der Volksgemeinschaft akzeptieren, aber niemals die Bürgerblockpolitik. Da für die Volksgemeinschaft die Rechte nicht zu haben sind, so wird es bei der alten Koalition bleiben. Diese hat auch bis jetzt gut regiert. Baden ist der einzige deutsche Staat, der sich in den sieben Jahren des republikanischen Regimes ohne Erschütterungen und deprivierenden Minister- und Parlamentsstreifen in positiver Arbeit entwickelt hat. Bewährtes aber scheidet man nicht aus und um der schönen Augen der kulturkampferischen Nationalliberalen willen erst recht nicht.“

Die heutige Morgenausgabe der demokratischen „Neuen Badischen Landeszeitung“ schreibt:

„Dieses Abwärtens wird auch für die Deutsche demokratische Partei das Gegebene sein. Auch sie wird die verschiedenen Möglichkeiten der Regierungsbildung nach der politischen und tatsächlichen Seite zu prüfen haben und danach ihre Stellung einnehmen. Sie ist nach keiner Seite hin gebunden oder festgelegt, sondern in ihren Entscheidungen vollkommen frei.“

Von demokratischer Seite ist übrigens, wie man sich erinnern wird, die vom Zentrum teils offen, teils versteckt schon wiederholt erhobene Forderung, den Posten des Staatspräsidenten der stärksten Partei — das hieße nach der Lage der Dinge dem Zentrum — überlassen, entschieden abgelehnt worden. Die Deutsche demokratische Partei wird von diesem Standpunkt aus jetzt kein Wort ablassen, wenn die Frage von anderer Seite wieder aufgerollt werden sollte. Die Gelüste nach Ministerposten müssen bei der Deutschen Volkspartei sehr stark sein, wenn sie sich aus einer so weitestehenden und schwerwiegenden Konzession dem Zentrum abziehen läßt. Sie darf aber dabei nicht darauf rechnen, die Demokraten an ihrer Seite zu finden.“

### Klarheit — aber keine elenden Kompromisse

Die Deutsche Volkspartei, selbst eine erfolgreiche und verantwortungsvolle Krisenmacherin, bemüht sich soeben, den desorientierten Deutschnationalen Brüdern zur Rückkehr für die Zukunft zu bauen und die Sozialdemokratie als Lückenbüßerin beim Vertragswerk von Locarno zu mißbrauchen. Wir erwarten zuversichtlich, daß die Sozialdemokratie für ein solches Spiel der Strejemänner nicht zu haben ist. Es muß jetzt Klarheit geschaffen, aber nicht abermals ein elender Kompromiß geschlossen werden. Die Deutsche Volkspartei hat gestern in Berlin eine Tagung abgehalten, die ganz von der Absicht des Herrn Stresemann beherrscht war, eine Kompromißformel zu suchen, auf die man die Sozialdemokratie locken könne, um mit ihrer Hilfe das Werk von Locarno unter Dach und Fach zu bringen, worauf dann der Mohr, der seine Schuldbüchse getan hat, wieder gehen könnte, damit die Deutschnationalen wieder in die Regierung hereinmarschieren können. Wir erwarten nicht nur von unserer Partei, sondern wir fordern von ihr, daß sie das volksparteiliche Spiel energisch durchkreuzt und auf innerpolitische Klarheit dringt.

Ueber die Verhandlungen der Deutschen Volkspartei wird berichtet:

Am Dienstag, 8 Uhr abends, gab die Deutsche Volkspartei folgendes Kommuniqué aus:

Parteivorstand und Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei haben heute über die Ergebnisse von Locarno und die durch den Austritt der Deutschnationalen Volkspartei aus der Reichsregierung geschaffenen Lage beraten. Sie sind einstimmig zu folgender Auffassung gelangt:

Das Vertragswerk von Locarno, das durch die berechnete und notwendige deutsche Initiative zustande gekommen ist, entspricht in allen wesentlichen Punkten dem Grundgedanken der deutschen Antwortnote vom 20. Juli 1925 und somit auch den Richtlinien der Deutschen Volkspartei vom 2. Juli d. J. Die Deutsche Volkspartei ist bereit, dem Vertrag seine Zustimmung zu erteilen, wenn Artikel 1 des Vertrags nicht die Verpflichtung zum Verzicht auf Angriffsrechte, läßt aber das Selbstbestimmungsrecht der Völker und alle anderen Möglichkeiten friedlicher Entwicklung offen. Artikel 6 enthält keine Anerkennung des verfallenen Vertrags, stellt vielmehr nur in Uebereinstimmung mit der deutschen Antwortnote vom 20. Juli fest, daß der Abschluß des Sicherheitsvertrags keine formelle Veränderung der bestehenden Vertragslage bedeutet. Deutschland verzichtet nicht auf die im Versailleser Vertrag selbst festgesetzten, sowie auf die durch fortgeschrittene friedliche Entwicklung herbeiführende Abänderungsmöglichkeiten. Auch die Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund werden nach den in Locarno getroffenen Vereinbarungen gewahrt bleiben. Insbesondere ist durch die Note der Vertragsgegner zu Artikel 16 der Völkerbundscharten klar gestellt, daß, wie es in den Erklärungen zum Genfer Protokoll heißt, Deutschland selbst „Nichter ist der Art und Weise, in welcher es seine Pflichten erfüllt“. Die Abwicklung der französisch-polnisch-tschechischen Militärbindnisse bedroht Deutschland nicht. Die Restverträge bedeuten nur Anpassung an das Verfahren der Völkerbundscharten. Wenn der Vertrag von Locarno, wie es alle Beteiligten zum Ausdruck gebracht haben, ein Werk dauernden Friedens sein soll, so muß dieser Friedenszustand sich auch im besetzten Gebiete auswirken. Das ganze Werk darf somit erst dann in Kraft treten, wenn nicht nur die alsbaldige Räumung der ersten Rheinlandszone unabhängig von der Vereinigung der Entwaffnungsfrage sichergestellt ist, sondern auch die beteiligten Mächte, den mündlichen Zusicherungen ihrer Delegationsführer entsprechend, im übrigen besetzten Gebiete alsbald einen Zustand herbeiführen, der eine grundlegende Veränderung des Besatzungsgebietes und den Anfang der endgültigen Räumung darstellt. Ohne solche entscheidenden Maßnahmen der Vertragsgegner kann der deutsche Reichstag den Vertrag von Locarno nicht annehmen.

Es ist Pflicht der politischen Organe des Reichs und des Volkes, auf solche Ergänzungen und sofortige Auswirkungen der Vereinbarungen von Locarno hinzuwirken. Diese außenpolitische Aufgabe steht im Vordergrund. Ihre Erfüllung wird durch das Verhalten der deutschnationalen Volkspartei gefährdet. Statt mit uns und den anderen Parteien an der Durchführung der durch den Vertrag veranlaßten Politik mitzuarbeiten, hat sie sich kurz vor der Erreichung des Zieles von der weiteren Mitwirkung selbst ausgeschaltet. Für die außen- und innenpolitischen Folgen trägt sie die volle Verantwortung.

### Der Reichsschulgesetzentwurf soll zurückgezogen werden?

Aus Berlin wird gemeldet: Einer Korrespondenzmeldung zufolge soll jetzt nach dem Austritt des Reichsministers Schiele der Reichsschulgesetzentwurf vom Reichsministerium des Innern zurückgezogen werden, sobald seine Beratung im Reichskabinett hinlänglich wird. Ferner soll der sozialdemokratische Staatssekretär Schulz, der von Schiele beurlaubt worden war, demnächst wieder seinen Posten im Reichsministerium des Innern aufnehmen.

# Anarchisten der Wirtschaft

## Der überdoppelte Staat — Struppelose Ausbeuter des Volksvermögens — Der Nachhunger der Kohlenkönige

„Wir haben die wirtschaftliche Macht und üben dieselbe rücksichtslos aus!“  
Direktor Schweiher von Zeche Dilschheide.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Seit die Bergherren wissen, daß dank des politischen und wirtschaftlichen Unverstandes des deutschen Volkes die Reaktion regiert, gebärden sie sich wieder als Herren im Hause. Ihrem alten Ruf als rücksichtslose Despoten der Wirtschaft als kaltherzige Gebieter über Hunderttausende von Lohnsklaven blieben sie treu. „Wir haben die wirtschaftliche Macht und üben dieselbe rücksichtslos aus!“ Nach diesem brutal offenberzigem Ausdruck des Betriebsführers Schweiher von Zeche Dilschheide bei Wörs am Niederrhein handeln die Grubenmagnaten, unbeschwert von jedweden moralischen Bemerkungen oder sozialen Anwandlungen. Mit unerreichter Meisterschaft spielen sie die Rolle des armen Unternehmers, der mit dem Fleißarbeiter bis zur Erschöpfung kämpft, um ja nur dem Bruder Arbeiter Arbeit und Brot zu erhalten. Da bekanntlich kein Schlot ohne Profit raucht, finden die beweglichen Klagen der Bergherren bei den Arbeitern naturgemäß kein Verständnis, umso mehr aber bei den maßgebenden Behörden. Der gewollte Zweck ist dann erreicht.

Schon während des Krieges wurde der Staat um Milliarden und Abermilliarden betrogen. Der Staat lieferte den Grubenbestimmten Tausende von Kriegsgefangenen, deren billige Arbeitskraft gegen lächerlich geringe Entlohnung ausbeutet wurde. Für jeden Kriegsgefangenen sollte der Staat eine äußerst minimale Entschädigung pro Arbeitstag erhalten, die er aber nur zum Teil eintreiben konnte. Die Zecheherren zahlten einfach nicht. Diesbezügliche Anklagen wurden ignoriert, der Staatsanwalt erhob keine Anklage, obwohl ihm bergabes Beweismaterial seitens der Bezirksleitung Essen des Bergarbeiterverbandes angeboten wurde. Der Millionenbetrug am Staat fand somit keine Sühne. Nach dem Kriege war es die Kohlensteuer, die dem Staat vorenthalten wurde. Die Demonstrationen der Zechebestitzer hatten wiederum den Erfolg, daß ihnen die bereits in den Kohlenpreis einfließende und vereinnahmte Kohlensteuer gestundet wurde. Auch hier fand dem Staat diese Millionen in die Taschen gegangen. Dann kam der Franzoseneinfall im Ruhrgebiet. Allen voran bliesen die Zechebestitzer die nationale Trompete. Der passive Widerstand sollte den Franzosen imponieren. Von Berlin aus floßen Millionen und Milliarden Goldmark ins Ruhrgebiet und verschwanden in allerhand geheimen Kanälen der Schwerindustrie. Die Löhne der Arbeiter wurden zum Teil aus staatlichen Mitteln bestritten. Die Gruben, die durch die Raubwirtschaft während des Krieges verlübert waren, wurden auf Kosten des Staates neu hergerichtet. Als die Inflation in rasendem Tempo überhand nahm, ließen die Zechebestitzer die Druckpressen laufen und überschwemmten das Reich mit einer Flut von Bargeld. So hatten sie einen billigen und zinslosen Kredit, mit dem sie alle Schulden tilgten und ihren märchenhaften Profit in Schwerten anlegten. Die Ausplünderung des Volkes, mit Stinnescher Raffinesse durchgeführt, feierte unübertreffbare Drogen. Als der passive Widerstand liqui-

diert werden mußte, präsentierten die Zechebestitzer dem ausgenüßerten Staat noch extra eine fette Rechnung. Vater Staat ließ sich wieder überdoppeln und zahlte ihnen ohne Kurzen 715 Millionen Goldmark.

Sei, was das ein Geschäft! Da schwoh den Herren der Ramm! Sie warfen die Arbeiter zu Tausenden auf die Straße und zwangen Staat und Gemeinden, den Opfern ihrer Gewalttätigkeit Erwerbslosenunterstützung zu zahlen. Sie zwangen der Arbeiterschaft längere Schichten auf, obwohl ein gemacktes Meer von Arbeitslosen vor den Zecheentoren stand. Sie reduzierten die Röhne weit unter das Existenzminimum, obwohl sie sich für Kohle und Nebenprodukte überhöhte Preise zahlen lassen. Sie jammern über untragbare, die Wirtschaft ruinierende Soziallasten, obwohl sie ihre zahlreichen Direktoren und höheren Beamten mit kostigen Gehältern erfreuen. Sie klagen über die Notlage der Wirtschaft und streifen ganz ansfehlische Dividenden ein.

Ja, so sind sie, die Nachhunger des Ruhrgebietes! Sie wollen wieder unumschränkte Herrscher im Reiche der Kohle sein. Sie lassen sich als meißenscheinende Wirtschaftsführer preisen und sind doch nichts weiter als Anarchisten der Wirtschaft und fleupellose Ausbeuter des Volksvermögens. Ein Schaubeispiel dieser Art sind die Stilllegungen der weniger ausgiebigen Zechen im südlichen Ruhrgebiet. Eine gut organisierte Plangewirtschaft im Bergbau könnte manche Zeche vor dem Erliegen bewahren und rentabel machen. Aber daran haben die Zecheherren kein Interesse. Es rührt sie nicht, wenn ganze Gemeinden verarmen und sich entvölkern, wenn Tausende bodenständiger Bergarbeiter mitfam ihren Familien entwurzelt werden und auf die Suche nach einer neuen Existenz gehen müssen. Stillung des geistigen Nachhunger ist den Kohlenkönigen die Hauptsache. Die endgültige Stilllegung der mit neuester Technik ausgebauten Zeche Alte Haase bei Hattingen hat das wiederum drastisch bewiesen. In der Gewerkschaftsammlung, welche über die Stilllegung dieser Zeche zu entscheiden hatte, stellte sich heraus, daß es dem Vorkonzern, dem Besitzer der Kurzenmehrheit, nur um die Beteiligungssiffer der Zeche am Kohlenfondus zu tun war. Dieser Konzern ließ die Zeche um 3 Millionen Mark verschälden, ohne die kleinen Gewerke davon zu unterrichten. Zeit wurden sie vor vollendete Tatsachen gestellt. Dieses hinterhältige Vorgehen wurde von den erlitterten kleinen Gewerken als Verhöhnung ihres Vermögens, als alter Diebstahl und Raubmordtum schimpflicher Art gebührend gekennzeichnet.

Die Großen fressen die Kleinen. So auch bei den Zechebestitzungen. Wenn wir eine vernünftige Gesetzgebung hätten, müßten solche Zechen einfach enteignet und in Gemeindebetrieb überführt werden, denn viele der stillgelegten Zechen haben noch für Jahrzehnte hinaus Kohlen ausliefern. Da aber die Zechebestitzer die der Allgemeinheit gebührende Bodenrente nach Belieben verschleiern können und in der Luther-Reinigung den notwendigen Einfluß besitzen, werden sie vorläufig noch nach dem Grundtat handeln: Wir haben die wirtschaftliche Macht und üben dieselbe rücksichtslos aus! Das heißt, sofern ihrer Willkür nicht seitens der organisierten Arbeiterschaft ein Damm entgegensteht wird.

### Umsatzsteuerermäßigung u. Preisabbau

Man entsinnt sich noch jener Zeit, als das Reichswirtschaftsministerium eine Untersuchung über die Frage anstellte, ob die Höhe der Warenpreise berechtigt sei oder nicht. Wie alle derartigen, mit einem großen Aufwand von „Sachverständigen“ die aber vor allem Interessenten sind, ausgearbeiteten Veranlassungen, ist auch sie ausgefallen wie das Hornberger Schießen. Aber ein Ergebnis verdient gerade heute wieder hervorzuheben zu werden. Die damals gehörten Sachverständigen aus Industrie und Handel waren sich darüber einig, daß die Umsatzsteuer, die damals noch 25 Proz. betrug, die Preise erheblich verteuere. Diese Verteuerung wurde, da die Produkte ja durch eine Reihe von Händen gehen und jedesmal Umsatzsteuer erhoben wurde, von den Sachverständigen gestützt.

Nun ist die Umsatzsteuer auf 1 Proz. herabgesetzt worden, und bei jeder Ermäßigung hat die Regierung die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß ein Preisabbau die Folge sein müsse. Immer ist jedoch der Optimismus zu Wasser geworden. So auch jetzt, wo die Umsatzsteuer von 15 auf 1 Proz., die Luxussteuer von 10 Proz. auf 7,5 Proz. herabgesetzt worden ist. Auch dieses Mal hat die Regierung eine „Preislenkungsaktion mit großem Tamtam inszeniert. Der Erfolg ist jedoch ausgefallen, und den, der Einblick in die Dinge nehmen kann, nimmt das auch nicht Wunder.

Für die Ubergangszeit waren Bestimmungen ergangen, die den Käufer berechneten, wenn es sich um Aufträge handelte, die vor dem 15. August abgeschlossen, aber erst nach dem 30. September ausgeführt wurden, einen entsprechenden Abzug vom Kaufpreis zu fordern. Die Aufträge waren ja erteilt zu einer Zeit, als noch niemand mit einer Ermäßigung der Umsatzsteuer beim Luxussteuer rechnen konnte. In den Kaufpreisen braucht der Verkäufer für diese Aufträge nur 1 Proz. bzw. 7,5 Proz. Steuer zu zahlen, und es ist nur recht und billig, daß er diese Ersparnis dem Käufer zu Gute kommen läßt. Zu der Praxis wird man jedoch finden, daß ein großer Teil der Fabrikanten nicht geneigt ist, auf diesen unerwarteten und unerdienten Gewinn zu verzichten. Sie sträuben sich vielmehr mit Händen und Füßen gegen den Abzug, meist mit der Begründung, daß der Betrag nur ein kleiner und bescheidener Ausgleich sei für die in der Zwischenzeit eingetretene Erhöhung der Produktionskosten. Einige Fabrikanten suchen sich den Betrag dadurch zu erhalten, daß sie dem Käufer im Zahlungsziel etwas entgegenkommen und dann erklären: Hierdurch (durch die neuen Zahlungsbedingungen) ist der ab 1. Oktober eingetretene Luxussteuermäßigung Rechnung ergangen.

Unter solchen Umständen braucht man sich allerdings nicht zu wundern, wenn die Verbraucher von der Ermäßigung der Umsatzsteuer nichts verspüren.

### Gegen eine Abänderung des Mieter-schutzgesetzes

Ein Protest der Wohnungslosen und Untermieter  
Weipzig, 27. Okt. (Eig. Bericht.) Am Sonntag tagten in Weipzig die Vertreter sämtlicher Wohnungslosen und Un-

termieter-Vereinigungen Deutschlands. Aus allen Teilen des Reiches waren Delegierte erschienen. Nach lebhafter Aussprache, an der sich besonders die Delegierten aus den Großstädten beteiligten, wurde folgende Entschiedenheit angenommen:

„Die Wohnungssuchenden, Wohnungslosen und Untermieter Deutschlands erheben hiermit gegen den Entwurf über die Abänderung des Mieter-schutzgesetzes scharfen Protest. Das Mieter-schutzgesetz für Untermieter kann nicht früher gelodert werden, als zu dem Zeitpunkt, wo im Hinblick auf Ansehens- und Nachfrage sowie Preise ein normales Verhältnis besteht. Die Wohnungslosen und Untermieter werden einem solchen Gesetz den scharfsten Kampf entgegenzusetzen. Sie fordern von den in Frage kommenden Instanzen eine klare Einstellung zur Verwirklichung der Wohnungsnot und des Untermieterelendes. Es muß bei der Reichs- und den Landesregierungen sowie den städtischen Körperschaften endlich einmal die Erkenntnis kommen, daß mit einem Stückwerk von Gesetzen und Vereinbarungen die trostlose Lage der Wohnungslosen und Untermieter nicht beseitigt werden kann. Die Wohnungslosen fordern deshalb von der Reichsregierung und dem Reichstag Gesetze zum Schutz der Untermieter und Wohnungslosen, die vom sozialen Geist durchdrungen sind. (Die restlose Verwindung der Miet-schutzsteuer zu Neubauten.) Von der sächsischen Regierung wird die Zusicherung von Organisationsvertretern bei den Mieter-schutzkommissionen und eine klare Erklärung der Räume für die Zivilisierungsmaßnahmen durch gesetzliche Maßnahmen gefordert. Von den städtischen Körperschaften muß verlangt werden, daß die Vertreter der Wohnungslosen bei allen in Frage kommenden Beschlüssen zuzugezogen werden. Der Wohnungsbau muß gefördert und nicht durch bürokratische Rücksichtlichkeit gehemmt werden. Dabei gilt es den Mietwucher und die un-reellen Vermittlungsbüros zu bekämpfen.“

### Getrennte Männer- und Frauenwahl

Vorbildliche Wahlbeteiligung der Zentrumsfrauen,  
mangelhafte bei der Sozialdemokratie

Konstanz, 28. Oktober.  
Um durch reiche Ausschüttung der Stimmen zur Landtagswahl die Feststellung des Wahlergebnisses zu beschleunigen, wurde in der Stadt Konstanz erstmals in Deutschland nach Geschlechtern getrennt gewählt. In jedem Wahllokal stand je eine Urne für Männer und für Frauen. Die Einrichtung hat sich bewährt, denn die Wahlergebnisse waren rasch festgestellt. (Bei den letzten Wahlen hatte die Ausschüttung wiederholt so lange gedauert, daß, während man hier besonders in einem Bezirk immer noch zählte, schon die Gesamtergebnisse der mitteleuropäischen Großstädte vorlagen.) Nebenher erbrachte die Einrichtung auch einen interessanten Blick in die Wahlbeteiligung beider Geschlechter. Daß nur 55 Proz. aller Wahlberechtigten gewählt haben, ändert hieran nichts.

Abgegeben wurden gesamt 5340 Männer- und 5860 Frauenstimmen. Bei den Hauptparteien ergibt sich folgendes Bild: Zentrum 1570 Männer- und 3014 Frauenstimmen. Sozialdemokratische Partei 1052 gegen 727, Deutschdemokratische Partei 727 gegen 634, Rechtsblock 293 gegen 284, Deutsche Volkspartei 411 gegen 414, Kommunisten 656 gegen 298.

Bei einer Kurz-Frauenwahl würde das Zentrum über die absolute Mehrheit verfügen und die Zentrumsfrauen von Konstanz könnten den Anspruch auf den Oberbürgermeisterposten (männlich oder weiblich?) glatt durchbringen. Eine sehr wesentliche Stütze dieser Partei ist das Frauenstimmrecht geworden, gegen dessen Einführung sich das Zentrum immer wehrt; man wird es heute nicht mehr missen wollen. Selbst wenn man in Betracht zieht, daß ein Teil der Zentrumsfrauenstimmen darauf zurückzuführen ist, daß hier eine Klosterkirche besteht mit nur weiblichen Lehrkräften und daß ein Teil der Zentrumsbürgerinnen vielleicht weibliches Dienstpersonal gleicher Parteilichung hat, so machen diese Umstände doch nur vielleicht 300 Stimmen aus. Die politische Mitbestimmung der Zentrumsfrau ist jedenfalls erwiesen. Die geringe Beteiligung der sozialdemokratischen Wählererschaft ist auffallend und stellt die Reibseite der Medaille gegenüber der weiblichen Zentrumsbürgererschaft dar. Wohl gehören zur sozialdemokratischen Partei viele leibliche Wähler. Das schafft aber den Ausschlag nicht und es ist daher die Frage zu stellen, wo die Stimmen blieben. In den Stimmen der Kommunistischen Partei sind sie nicht enthalten, ebenfalls nicht in den Stimmen der Rechtsparteien. Die Antwort lautet dahin, daß gerade diese Kreise meist nicht gewählt haben. (In den übrigen Wahlkreisen wird es kaum anders sein.)

Das Zahlenverhältnis der Deutschen Demokratischen Partei ist gleichfalls nur die allgemeine Wahlkraft wider, aber auch den Wähler, den die Liberale Volkspartei und die Wirtschaftspartei in diese Kreise getragen haben.

Der Badische Rechtsblock (der ganz nach Verdienst am Boden liegt) und die Liberale Volkspartei (die über eigenes Verdienst gewonnen hat) dürften mit ihren Resultaten wohl eine Bilanz aller Kräfte aufstellen haben. Alle vorhandenen Männer- und Frauenstimmen sind wohl hier am besten ausgenutzt.

Die Wahlkraft hat auf den Rechtsblock, die Volkspartei und die Kommunisten ebenfalls den kleinsten Einfluß und deren Frauen haben wohl am eifrigsten gewählt mit den Frauen des Zentrums. Alle anderen Parteien und besonders deren weibliche Wählererschaft — haben meist wohl die Sozialdemokratie — haben verjast. Denn abgesehen von der großen Wählerkraft der weiblichen Wähler, trug deren prozentuale Beteiligung doch nur etwas über 60 Proz., während die Männer zu nicht ganz 60 Proz. gewählt haben.

Von der politischen Reife der Frau spricht auch folgende Tatsache. Von der größeren Zahl der weiblichen Stimmzetteln waren nur 64 unültig, während von der kleineren Zahl der männlichen Stimmzetteln deren 91 unültig waren.

### Von den Wirtschaftskämpfen

Zur Lage im Bankgewerbe

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangehörigen mittels, wird das Schlichtungsverfahren für das Deutsche Bankgewerbe voraussichtlich am 3. November ds. J. stattfinden. Es steht noch nicht fest, wen der Reichsarbeitsminister die Schlichtung dieser Tarifstreitigkeit übertragen wird.

### Gewerkschaftliches

Konferenz der freiorganisierten Betriebsräte der Textilindustrie

In Vörrach tagte eine von ca. 70 Betriebsräten des Deutschen Textilarbeiterverbandes besuchte Betriebsrätekonferenz, die aus allen Teilen des Oberbairischen Bezirks besetzt war, um sich mit den gegenwärtigen wichtigen Fragen zu beschäftigen. Zu derselben waren außer der Geschäftsleitung der Bezirksstelle Vörrach auch eine Anzahl auswärtiger Gäste aus Baden und Württemberg erschienen, sowie ein Vertreter des Zentralverbandes des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Berlin, Kollege Schulze. In erster Linie galt die Tagung der Aufklärung über die gegenwärtige tarif- und arbeitsrechtliche Situation im bairischen Textilarbeiterverband. In die Mitteilung von der Kündigung des Tarifvertrages mit der Kollekte Kieselhorns wurden einige instruktive Beispiele einer instruktiven Schilderung der gegenwärtigen Wirtschaftslage zwischen Kapital und Arbeit, die durch die Aktienmarkt-Druck, des Syndikates der Vereinigungen Deutscher Arbeitervereine, sowie der Gewerkschaften des Badischen Textilarbeiterverbandes in Berlin, Kollege Schulze. In erster Linie galt die Tagung der Aufklärung über die gegenwärtige tarif- und arbeitsrechtliche Situation im bairischen Textilarbeiterverband. In die Mitteilung von der Kündigung des Tarifvertrages mit der Kollekte Kieselhorns wurden einige instruktive Beispiele einer instruktiven Schilderung der gegenwärtigen Wirtschaftslage zwischen Kapital und Arbeit, die durch die Aktienmarkt-Druck, des Syndikates der Vereinigungen Deutscher Arbeitervereine, sowie der Gewerkschaften des Badischen Textilarbeiterverbandes in Berlin, Kollege Schulze.

Im Anschluß an dieses Referat folgte ein Vortrag. Kollege Schulze vom Zentralverband Berlin sprach in einem einstündigen Referat über die „Aufgaben der Betriebsräte“, und nach ihm der Kollege Pfeiffer-Eltingen, freigelegter Betriebsrat, über „die praktischen Erfahrungen eines Betriebsratsvorsitzenden einer großen Spinnerei“. Die beiden Referate vermittelten ihren gespannt zuhörenden Teilnehmern einen umfangreichen Schatz praktischer Erfahrungen und Ratssätze im täglichen Kampf um die Durchsetzung in den gewerkschaftlichen Vertretungen der Arbeiterschaft, die mit reichem Beifall belohnt wurden. Die Konferenz nahm einen auszeichneten Verlauf und wird, wenn das Gedächtnis in den Betrieben sich auswirken wird, reiche Früchte tragen.

### Die Not der älteren Angestellten

Mit der wachsenden Not der älteren Stellunglosen Angestellten beschäftigte sich heute der Sozialpolitische Ausschuss des Volksrates. Er beauftragte seine Vertreter im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, in dem an der passiven Haltung der Reichsregierung gegenüber der Verelendung weiter Angefallener Kritik geübt wird. Zur Milderung dieser Zustände wird die sofortige Bereitstellung von Reichsmitteln in Höhe von 30 Millionen Mark zur Gewährung einer Beihilfe an Stellunglose Angefallene gefordert. Ueber die Art der Beihilfe dieser Gelder soll sich die Regierung mit den Angefallenenverbänden verständigen. Gleichzeitig wird der Reichstag aufgefordert, für die künftige Versorgung der droht zu werden älteren Angestellten gesetzliche Maßnahmen zu treffen.





# Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 27. Oktober

## Geschichtskalender

28. Okt.: 1704 †Der englische Philosoph John Locke in Oates. — 1878 Das Sozialisten-Unterdrückungsgeleit tritt in Kraft. — 1900 †Der Sprachforscher (Sanskrit) Max Müller in Oxford.

## Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Vorstandssitzung. Heute Mittwoch abend 8 Uhr in der „Cambrinushalle“ Fortanbildung.

Scheidemann-Versammlung. Einige Genossen sind noch im Besitze von Vorverkaufstarten. An sofortige Abrechnung wird erinnert.

Landtagswahl. Die im Umlauf befindlichen Sammelzettel sind restlos diese Woche abzuliefern. Die Bezirksgebiete werden um Abrechnung ersucht.

Quartalsabrechnung. Wo bleibt Darlehen? Zeitungsabrechnung. Durch die Arbeiten zur Landtagswahl konnte die Beitragsabrechnung in der letzten Woche nicht restlos durchgeführt werden. Es kommt deshalb für diese Woche (28 bis 31.) Schwelmer und Weiskopf nochmals zur Kasse. Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, die Beiträge bereit zu halten. Hermann Vans, Hauptkassier.

## Gemeinsame Kundgebung der Arbeitsgemeinschaft badischer Polizeibeamten

Schrt. Die allgemein zu bemerkende wirtschaftliche Depression, das ungenügende Einkommen des Lohn und Gehalt der Arbeiter und Beamten und den Preis für alles Lebensnotwendige läßt neben allen anderen davon betroffenen Menschen die Polizeibeamten in der untersten Besoldungsgruppe ihre wirtschaftlich unsichere Lage besonders schwer empfinden. Am die Wünsche der Polizeibeamten, überhaup ihre wirtschaftliche Stellung nicht nur Regierung und Landtag, sondern auch der Öffentlichkeit erneut zu unterbreiten, hatte die Arbeitsgemeinschaft badischer Polizeibeamter ihre Mitglieder am gestrigen Abend zu einer Kundgebung im Saale des „Kaffee Rowad“ eingeladen, die sich eines guten Besuchs erfreuen durfte, und die durch ihre musikalische, nur 1 1/2 Stunden im Anbruch nehmende Durchführung bewies, daß die Polizeibeamten ihrem Ziel entschlossen und kraftbewußt zustreben. Das würdige Verhalten der Versammlung machte auch auf die Vertreter der Parteien des Landtags hinsichtlich Eindruck.

Herr Schwärz wälder leitete die Versammlung. Geschäftsführer hoch platzierte in folgenden Sätzen das Wesentliche der wirtschaftlichen Notlage der Polizeibeamten und daraus resultierende Wünsche betreffend Besoldung und der Ablehnung der Gehaltserhöhung. Er führte aus: Die Bedeutung dieser Kundgebung wurzelt in einem Appell an die Öffentlichkeit, insbesondere den neugewählten Landtag, damit er der unerfreulichen Entwicklung der Beamtenbesoldungsabrechnung erneut verbessernde Beachtung schenkt. Trotz der Preissteigerungen und Anträge der politischen Parteien — im Zusammenhang mit den letzten Reichstagswahlen — befindet sich die Beamtenfrage noch heute im Stadium des vergeblichen Hoffens. Es wird durchaus nicht die Notlage der höheren Beamten verkannt, aber wir können verlangen, daß man an der bitteren Not der unteren Beamten nicht achtlos vorbeigeht, ihnen das ihnen Gebührende zukommen läßt. Die schlechtesten finanziellen Verhältnisse der Beamten haben eine harte Verleumdung der Beamtenhaftigkeit geschaffen. Weder führte das Beispiel an, daß in Darmstadt von 103 Polizeibeamten, die Mitglieder der Beamtenbank sind, 96 zusammen mit Zinsen eine Schuldenlast von 51 500 Mark haben. Die bittere Notlage der Polizeibeamten amara jetzt dazu, das Gend der Beamten der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Wenn, wie alle vernünftigen Staatsbürger verlangen, der Beamte unbefristet sein muß, so ist es aber unbedingt notwendig, daß man den Beamten nicht mit einem Gehalt von 105 bis 150 Mark monatlich auf der Straße Dienst versehen zu lassen. Mit dieser Entlassung leben die Beamten noch hinter den Arbeitern zurück. Das im Monat September errechnete Existenzminimum betrug nicht ganz 240 Mark. Wie soll da der mit Kindern belastete Beamte sich existenzfähig erhalten? Man sollte die Besoldungsgruppe 5 als Anfangsgehalt nehmen. Das Vertrauen zur Volkspartei wird untergraben, wenn der unteren Beamtenfrage nicht bald geholfen wird, wie es notwendig ist. Der Beamte muß alles für die Volkspartei einbringen, er hilft gern zur Schaffung einer neuen Volkspartei. Aber unter diesen finanziellen Verhältnissen muß der Dienst leiden. Der Neuregelung des Polizeidienstes darf folgerichtig die Neuregelung der Besoldung folgen, womit dann die Verleumdungen beseitigt wären. — Anschließender Beifall der Versammelten unterstrich das Gesprochene.

An der Aussprache bekräftigte Herr Furrer und zwei weitere Polizeibeamte das, was der Referent ausgesprochen hatte. Präsident Landtagsabg. Dr. Glöner versicherte die Annahme des Wohlwollens und des Eintretens für die berechtigten Wünsche im Landtag für seine Partei, und im Auftrage der Vertreter des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Sozialdem. Partei im selben Maße auch für diese Parteien. Für die Sozialdemokraten war Regierungsrat Weismann anwesend.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion ist in der verlassenen Landtagssession jedersich für die badischen Polizeibeamten einsetzenden. Wir erinnern nur unter anderem daran, daß bei der Reichstagswahl einer Eingabe der Polizeibeamten an den Landtag, Anführer der Genossenschaft Weismann als Berichterstatter bemerkt hat: Generell sei noch zu sagen, daß der Staat nicht nur verpflichtet ist, diese Beamten, denen der Schutz des Staates und die Aufrechterhaltung der Ordnung anvertraut ist, unabhängig zu bezahlen, sondern sie auch vor den sichereren Gefahren ihrer Berufstätigkeit zu schützen.

Mit der Annahme einer Entschlossenheit, in der die Fortkommen und Wünsche der Polizeibeamten zum Ausdruck gebracht, fand die eindrucksvoll verlaufene Kundgebung ihren Abschluß.

## Der erste Indianerbrunnen in der Südstadt

Der feinerzeitige, echten Spiebereizt atmende Protest des Südstadt-Bürgervereins und das von demselben Geiße besetzte Geschrei der „Bad. Presse“ gegen die Errichtung eines sog. Indianerbrunnens auf dem Werberplatz hat bekanntlich auf verschiedene Mitglieder des Stadtrats und den Herrn Oberbürgermeister eingewirkt und die schon beschlossene Errichtung des Brunnens nicht zur Tat werden lassen, aber bei den meisten Südstädtern verfiel der Protest der Lächerlichkeit und die tendenziöse Haltung der Stadtverwaltung wurde nicht verstanden und scharf beurteilt.

Nun müssen sich all die Spieher-Protestler mit samt der Mehrheit von einer tieferhaften Angst vor den Spieher-Protestlern befallenen Stadtverwaltung von einem Südstädter beherrschen lassen und zwar von Herrn von Steffelin in der Baumeisterfr. Er ließ nämlich vor seinem Hause einen Indianerbrunnen errichten, der die Gestalt eines wasserpeisenden Indianertopfes aufweist und recht originell und hübsch aussieht. Herr von Steffelin hat damit bewiesen, daß er wirklich Humor besitzt und all die Proteste diese gesunde Eigenschaft bei ihm nicht zu vernichten vermochten. Die ängstliche Stadtverwaltung und die einsitzigen humorlosen Bürgervereiner stehen nun beschämt da und mit ihnen aber auch die „Bad. Presse“, die Haupttrüferin im Streite gegen den „Indianerbrunnen“. Sie, die doch sonst über jeden wertlosen kommunalen Daffentis berichtet, hat bis heute ihre Reier weder von der Errichtung des Steffelinischen Indianerbrunnens berichtet, noch viel viel weniger gegen das „Schandmal für die Südstadt“ zum Protest aufgerufen. Sie schämt sich wahrscheinlich ihrer selbst und zudem würden ja die „Bad. Presse“-Leier der Südstadt merken, wie verständnislos ihr Verhörgeat in dieser Frage ist. Vor Herrn v. Steffelin aber alle Hochachtung, denn er hat allem Spiebereizt und den von ihm diktierten Protest nun trotz den gefunden Humor behalten und einen eigenen „Indianerbrunnen“ errichten lassen. Und dies ist noch so bemerkenswert, weil Herr v. Steffelin ein achobener Südstädter ist, während unter den führenden Protestlern sich welche befinden, die zu den sogenannten „Fremden“ zählen und nun einmal zufällig im „Indianerbrunnen“ wohnen.

Soffentlich nimmt die Stadtverwaltung am Vorgehen des Herrn Steffelin und an seinem gefunden Humor ein Beispiel und führt den Stadtratsbeschl auf Errichtung des Indianerbrunnens endlich ganz durch. Der will der Stadtrat auf das Geschrei einiger Spieher seinen eigenen Beschluß nicht zurückziehen und vor dem Spiebereizt einiger humorarmer Südstädtemohner parulieren? Im Interesse des guten Ansehens des Stadtrats würde letzteres gewiß nicht liegen.

Obige Zeilen waren schon gesagt, als uns heute morgen die diesigen büreaukratischen Morgenblätter zum Gesicht kamen und aus denen zu entnehmen ist, daß sich auch die Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine vor den Karren der Genere des Indianerbrunnens hat spannen lassen und beim Stadtrat dieserhalb vorstellig geworden ist. Sie erhielt nun eine Antwort, deren Inhalt kurz der ist, daß es infolge des Protestes der Anti-Indianer das Beste sei, die Angelegenheit noch einige Zeit beruhen zu lassen.

Die „Bad. Presse“ bemerkt nun dazu, daß die Ausstellung des Indianers auf dem Werberplatzbrunnen hinsichtlich angeordnet sei, indem ja Herr Steffelin einen derartigen Brunnen errichten ließ. Und man höre und staune was die „Bad. Presse“ weiter hinaussagt:

„Das es in der Südstadt keinen Menschen eingelassen ist, gegen die Ausstellung dieses Indianerbrunnens zu protestieren, ist nur ein Beweis dafür, daß man auch in der Südstadt Verständnis hat für einen guten Witz in guter künstlerischer Form. Anders liegt die Sache aber bei dem Brunnen auf dem Werberplatz. Dort wollte man von Seiten der Stadtverwaltung eine Brunnenfigur aufstellen, die von einem großen Teil der südstädtischen Bevölkerung abgelehnt wurde.“

Also: Wenn Herr Steffelin einen Indianerbrunnen errichtet, dann wird dies von der „Bad. Presse“ als guter Witz anerkannt, will aber die Stadtverwaltung das Gleiche tun, dann wird dies von derselben „Bad. Presse“ als eine Verleumdung der Südstädter bezeichnet. Man sieht, die „Bad. Presse“ gleicht einem Witzblatt, allerdings einem schlechten. Aber des Pudels Kern ist nämlich der, daß, wenn die Stadt etwas Humorvolles — in diesem Falle der Indianerbrunnen — will, dann protestiert man eben, weil es eine vornehmliche Spiebereizung ist, gegen Vorhaben und Einrichtungen der Stadt zu protestieren. Wird jedoch von privater Seite dasselbe getan, dann fehlt den Spiehern die Courage zum Protest, denn findet das Errichtete allgemeine Anerkennung! Man hat eben schmeichelt das Herz, wenn einen großen Geschäftsmann die kritische Sonde anzuzeigen. Oder aber man flucht die Wamane ein und gibt leise bei. Ein derartiger Standpunkt ist wirkliches Original-Spiehereizt und wird hoffentlich auch von der Stadtverwaltung entsprechend gewürdigt und muß dazu führen, daß sie endlich ihr Vorhaben ausführt und den Werberplatz-Indianerbrunnen fertigstellt. Es dürfte dies u. G. sogar ohne Protest abgehen, da ja sogar die bisherigen Genere der Sache anerkennen, daß der Steffelinische Brunnen ein guter Witz ist sowie ein künstlerisches Schmuckstück darstellt, mitbin also die Indianer-Obere selbst aufbehalten.

(.) Silbernes Hochzeitsjubiläum. Herr Metallschleifer Eduard Ellis und Frau konnten das Fest der silbernen Hochzeit feiern. Unserem alten Abonnenten und seiner Gemahlin unsere besten Glückwünsche. Der Gelangenschein „Vorwärts“ erbrte das Jubelpaar durch ein Gländchen.

## Letzte Nachrichten

### Zur Entwaffnungsfrage und Räumung der Kölner Zone

Sitzung der Vorkonferenz

Wien, Paris, 27. Okt. Die Vorkonferenz der Vorkonferenz ist heute vormittag zu einer Sitzung zusammengetreten, der Marshall hoch bewohnte. Ueber die Sitzung ist ein Kommuniqué ausgegeben worden, das besagt: Die Vorkonferenz hat über die Note der deutschen Regierung vom 23. Okt. verhandelt und

das Interalliierte Militärkomitee in Versailles gebeten, ihm schnellst einen Bericht über die militärischen Fragen, die diese Note aufwirft, zukommen zu lassen. Die Vorkonferenz hat ihrerseits die Prüfung der Maßnahmen begonnen, die, sobald der Zeitpunkt der Räumung der Kölner Zone durch die alliierten Regierungen festgesetzt werden kann, durchzuführen sind, namentlich was die Frage der Verteilung der Truppen in den Gebieten betrifft, die noch besetzt bleiben.

## Macdonald in Berlin

Ein Interview

Berlin, 27. Okt. (Privattele.) In einer Unterredung mit einem Redaktionsmitglied des „Vorwärts“ erklärte der gegenwärtig in Berlin weilende frühere britische Premierminister Macdonald, das wichtigste Ergebnis von Locarno für Europa sei der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Arbeit Deutschland im Völkerbund mit, der nicht eine Organisation, sondern der Welt darstelle, so könne man mit Zuversicht erwarten, daß die günstige Atmosphäre vertrauensvoller Zusammenarbeit für eine unabsehbare Zeit aufrechterhalten bleibe. Bezüglich der Wirkung des Vertrages von Locarno auf Rußland erklärte Macdonald, daß friedliche Verständigung unter den europäischen Staaten sich keineswegs gegen Rußland richte. Es hänge von Rußland selbst ab, mit Europa mehr und mehr in Verbindung zu kommen. Keine europäische Regierung betreibe den Sturz der gegenwärtigen russischen Regierung. Als wichtigste Aufgabe der Weltzukunft bezeichnete Macdonald die Weiterführung der Entwaffnung und nannte es die große Aufgabe der Arbeiterparteien, dafür zu sorgen, daß baldmöglichst eine vorbereitete Entwaffnungskonferenz vom Völkerbund einberufen werde. Deutschland habe einen Rechtsanspruch auf die Entwaffnung, da ihm der Versailler Vertrag seine eigene Entwaffnung nur als ersten Schritt zu einer allgemeinen Abrüstung auferlegt habe.

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Am Samstag, 31. Okt., vormittags 11 Uhr, findet in Heidelberg die Uebergabe des Grabmaltes des verstorbenen Reichspräsidenten an die Stadtverwaltung Heidelberg statt. Sämtliche Kameraden, die an diesem Tage beruflich abkommen können und beabsichtigen, an der Ueberabnehmerlichkeit teilzunehmen, werden dringend gebeten, sich bis längstens Donnerstag bei Kam. Freund, Kreuzstr. 31, Tel. 1221, zu melden. Nähere Mitteilungen erfolgen in der Freitagausgabe des „Bad. Beobachters“ und „Volkstreuend“.

1. Kameradschaft. Am Donnerstag abend, 8 Uhr, findet im Lokal „Deutsche Eiche“, Auaraterstraße eine Kameradschaftsverammlung mit überaus wichtiger Tagesordnung statt. Vortrag des Kam. Fashender. Am mündliche Weiterverbreitung wird geben.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, 1. Kameradschaft. Mittwoch, 28. Oktober, 8 Uhr abends Versammlung in der „Krone“ (Oststadt). Vollständiges Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich.

2. Kameradschaft. Am Donnerstag, 29. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im „Wischer“ Funktionär-Versammlung. Insbesondere die Einkassierer müssen vollständig erscheinen.

## Veranstaltungen des heutigen Tages

Bad. Landestheater: Keine Vorstellung.

Sausfrauenbund: Nachmittags 4 Uhr Vortrag im „Löwenradchen“.

Kaffee Bauer: Abends 8.30 Uhr Sonderkonzert.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

Kaffeehaus: Abends 8.30 Uhr. Das deutsche akademische Olympia.

# Für nur 13 Pfennig 2 Teller

Wässiger Suppe erhalten Sie aus Maggi's Suppen-Würfeln. Die Zubereitung ist leicht, die Suppe ist herz, die Aiswahl groß. Es gibt 27 Sorten: Namentlich, Eier-Nudeln, Erbs mit Speck, Gränern, Spargel, Pilz, Döhlenzwanz, Reis, Windsor usw. Bestellen Sie bitte die gelb-roten Würfel

MAGGI'S Suppen.



### Demission des Kabinetts Painlevé

Paris, 27. Okt. Painlevé überreichte heute Nachmittag um 2 Uhr dem Präsidenten Doumergue die Demission des Kabinetts. Doumergue hat die Demission angenommen und im Laufe des Nachmittags bereits mit dem Senat und dem Kammerpräsidenten über die durch die Ministerkrisis geschaffene Lage verhandelt.

#### Das amtliche Communiqué

Paris, 27. Okt. Der französische Ministerpräsident Painlevé hat am Dienstag nachmittag 2 Uhr dem Präsidenten der Republik Doumergue die Demission des gesamten Kabinetts überreicht. Dadurch ist die seit dem Kontrahieren der radikalen Sozialen Partei latente Ministerkrisis zum Ausbruch gekommen. Das von der Regierung Ministerkrisis nach der Demission veröffentlichte Communiqué hat folgenden Wortlaut:

Der Kabinettsrat, der in seiner letzten Sitzung mit der Prüfung des vom Finanzminister Caillaux ausgearbeiteten Sanierungsprojekts begonnen hatte, hat diese Diskussion, die seine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern des Kabinetts zu Tage treten ließ, unterbrochen, um sich der politischen und parlamentarischen Lage so wie sie in den verschiedenen Rundgebungen der Parteien zu Tage getreten ist, anzupassen. Davon überzeugt, daß die dringenden Anstrengungen zum nationalen Ausgleich nicht unternommen werden sollen, ohne daß man im voraus die Gewißheit einer stabilen Mehrheit habe, hat die Regierung einstimmig beschlossen, dem Präsidenten der Republik ihre Demission zu übermitteln.

Die Finanzpläne Caillaux bezw. der Kampf um die Kapitalabgabe gaben die Veranlassung zu dieser Krise. Die von Briand unternommenen Versuche, ein Kompromiß zwischen Painlevé und Caillaux herbeizuführen, sind gescheitert. Painlevé und mit ihm die Mehrheit des Kabinetts waren der Auffassung, daß die Regierung den Forderungen der Mehrheit des Kartells auf Einführung einer Vermögensabgabe Rechnung tragen muß, während Caillaux sich dieser Forderung entgegenstellte. Das eigentliche an dieser Ministerkrisis ist, daß sie außerhalb des Rahmens des Parlaments stattfindet und nicht einem Mißtrauensvotum entspringt. Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts sind es, die das Ministerium Painlevé dazu veranlaßt haben, zurückzutreten.

### Die Mandatsverteilung nach den Berliner Wahlen

Berlin, 27. Okt. Nach einer auf Grund des vorläufigen Ergebnisses der Berliner Stadtverordnetenwahlen vorgenommenen unverbindlichen Berechnung werden sich die Stadtverordneten auf die einzelnen Wahlvorläufe in folgender Weise verteilen: Sozialdemokratische Partei 73, Deutschnationale Volkspartei 47, Deutsche Volkspartei 14, Kommunistische Partei 43, Deutsche Demokraten 21, Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes 10, Zentrum 8, Unabh. Sozialdem. 1, Deutsch-Völkische Freiheitspartei 3, deutschsozialer Partei 3, Evangelischer Gemeinschaftsbund 2, zusammen 225 Mandate. Die neugewählte Stadtverordnetenversammlung tritt am 19. November zu ihrer ersten Sitzung zusammen, in der die Wahl

des Stadtverordnetenvorstandes sowie die Zusammensetzung der Deputationen erfolgen sollen.

### Berliner Pressestimmen zur völksparteilichen Entschliebung

Die „Deutsche Tageszeitung“ weist den Vorwurf zurück, daß die Deutschnationalen die Verantwortung tragen für die außen- und innenpolitischen Folgen ihres Verhaltens. Der deutschnationale „Berliner Volksanwaiser“ schreibt, daß bei den getrigen Fraktionsberatungen der Deutschen Volkspartei die Frage einer Rekonstruktion der Regierungsbasis zurückgestellt worden sei bis zu einem Zeitpunkt, an dem man auf Grund der außenpolitischen Resultate zu einer endgültigen Entscheidung über das Wert von Locarno gelangen könne.

Das „Berliner Tageblatt“ sagt unter der Überschrift „Schaft Klarheit!“. Die Oppositionsparteien, Demokraten und Sozialdemokraten, müssen volle Klarheit verlangen (bevor der Reichstag zusammentritt und bevor die Frage des Kartellvertrages zur Abstimmung gestellt wird. Gewiß sind auch diese beiden Parteien für die Annahme des Vertrags, sondern auch um die Bildung einer festen Regierungskoalition, welche die in Locarno eingeleitete Verständigungspolitik durchführen und fortsetzen kann.

Die „Völkische Zeitung“ erklärt: Das völksparteiliche Communiqué endigt mit einem groben Frasegeizchen und läßt alle Möglichkeiten offen. Diese gemockte Zurückhaltung der Deutschen Volkspartei ist nur geeignet, das bei den Linksparteien bestehende Mißtrauen zu steigern, das Mißtrauen, daß der Völkler lebhaft die Rolle des Lügenbüblers zugeben ist, indem sie mit ihren Stimmen die ausfallenden deutschnationalen Stimmen erheben, daß aber, wenn der Völkler seine Schuldigkeit getan hat, die alte Koalition mit den Deutschnationalen wieder aufgenommen werden soll.

Auch die „Germania“ überschreibt ihren Artikel „Unklarheit“. Diese sei weder innen- noch außenpolitisch zu ertragen. Deutschland brauche eine stabile Regierung mit einem klaren parlamentarischen Rückhalt, wie ihn Reichstagsminister Dr. Luther bei Bildung seines Kabinetts für nötig gehalten hat.

### Verhandlungen der Völkspartei-Konferenz

Paris, 27. Okt. Die Völkspartei-Konferenz trat am Dienstag nachmittag 11 Uhr unter dem Vorsitz von Jules Chambon zu einer Sitzung zusammen, die zwei Stunden dauerte. Marschal Bach nahm an dieser Sitzung teil. Die Völkspartei-Konferenz hat sich mit der deutschen Entwaffnungsnote beschäftigt und beschlossen, das interalliierte Militärkomitee zu ersuchen, einen Bericht über die durch die deutsche Note aufgeworfenen Fragen zu erstatten. Die Völkspartei-Konferenz ist außerdem zur Prüfung der Maßnahmen geschritten, die zu erziehen sind, sobald die Räumung der Rainer Zone durch die alliierten Regierungen festgestellt wird. Es wurde dabei insbesondere die

#### Zur Optantenfrage

Auch Deutschland nimmt seine Ausweisungen zurück. Berlin, 27. Okt. Nachdem in Polen in der Optantenfrage ein Umschwung eingetreten ist, hat, wie wir hören, die polnische Regierung, entsprechend den Beschlüssen des polnischen Ministerrats an die östlichen Behörden die Anwei-

jung erachen lassen, daß die in der letzten Zeit als Repressalien verhängten Ausweisungsbefehle gegen polnische Optanten unverzüglich rückgängig gemacht werden.

### Gefangenenaustausch zwischen Deutschland und den Alliierten

Berlin, 27. Okt. Auf Grund einer Verständigung zwischen der deutschen Regierung und der Völkspartei-Konferenz sind für die gestern gemeldete Freilassung von vier deutschen Staatsangehörigen aus der Haft der Alliierten im Rheinland von deutscher Seite vier französische Gefangene freigelassen worden, die von deutschen Gerichten wegen politischer Straftaten verurteilt worden waren.

### Die Beschiebung von Damaskus

London, 28. Okt. Reuter meldet aus Kairo: Obwohl die Nachrichten über die letzten Ereignisse aus Damaskus auseinandergehen, ist es doch ersichtlich, daß die Stadt zwischen dem 18. und 20. d. M. eine furchtbare Beschiebung erlitten hat. Am Tage vorher waren Bandenführer in eines der Stadtviertel eingedrungen mit dem Rufe, daß Drulen da wären, und forderten die Einwohner zum Aufstand auf. Darauf wurde ein Polizeiposten angegriffen und ein französischer Offizier erschossen. Die Einwohner schlossen sich den Eingedrungenen an. In dem Gefecht, das sich entspann, fielen 100 Franzosen in tapferem Kampfe. Die Franzosen warfen Tanks und Panzerautos in den Kampf, von denen den Alliierten schwere Verluste zugefügt wurden. Diese setzten trotzdem hinter Barrikaden das Feuergefecht fort und steckten verschiedene Stadtviertel in Brand. Die Zahl der auf der Straße liegenden Leichname wird auf mehrere hundert geschätzt, während ungefähr 200 unter den Trümmern verschüttet liegen müssen.

### Der griechisch-bulgarische Konflikt

Sofia, 27. Okt. 9 Uhr abends. Meldung der Bata. Tel. Agentur. In der Richtung Petritsch unterhielten heute die Griechen von 12 bis 1 Uhr mittags Genschütz und Maschinengewehrfeuer. Zu gleicher Zeit beschloß griechische Artillerie das Dorf Petrowo.

#### Die Verhandlungen im Völkerbundsrat

Paris, 27. Okt. (Eia. Bericht.) Der Völkerbundsrat setzte am Dienstag nachmittag unter dem Vorsitz Weizsäckers die Verhandlungen über den griechisch-bulgarischen Konflikt fort. Der Völkerbundsrat erklärte nach Eröffnung der Sitzung, daß der Rat bereits am Montag beschlossen habe, die griechische und bulgarische Regierung aufzufordern, die Streitigkeiten einzustellen und die Truppen hinter ihre Grenzen zu ziehen. Der Vertreter Griechenlands gab darauf bekannt, daß seine Regierung auf Ersuchen der rumänischen Regierung beschlossen habe, die griechischen Truppen zurückzuziehen. Die Vertreter Bulgariens und Griechenlands entwickelten dann den Standpunkt ihrer Regierungen. Im Namen der bulgarischen Regierung ersuchte der Vertreter Bulgariens den Rat: 1. eine Untersuchung über die Verantwortlichkeit am Konflikt veranstalten zu wollen, 2. daß den bulgarischen Bauern, deren Verwundung getötet sind, oder deren Eigentum verwüßt worden sei, eine Entschädigung zuerkannt werde, 3. daß der Rat beschließen möge, die von Griechenland gefangen genommenen Bulgaren freizulassen. Nach einer Darlegung durch den Vertreter Griechenlands über den Standpunkt seiner Regierung wurde die Sitzung auf Mittwoch nachmittag vertagt.

**Kunstblätter Radierungen**  
mit und ohne Rahmen  
äußerst preiswert  
Gerber & Schawinsky, Kaisersstr. 221

**Sängerbund Vorwärts.**  
Wir setzen unsere Mitglieder davon in Kenntnis, daß unser langjähriges aktives Mitglied  
**Hermann Koch**  
verschieden ist. Tag und Zeit der Beerdigung wird morgen im Vereinsanzeiger bekannt gegeben.  
Die Verwaltung.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise der Anteilnahme beim Verluste unserer lieben unvergesslichen Frau, Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin  
**Lina Mäule**  
geb. Klebsattel  
sagen wir allen unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank dem Herrn Stadtpfarrer Diemer für die trostreiche Grabrede, für die ehrende Begleitung zur letzten Ruhestätte besonders aus ihrer Heimat, sowie der Näsachule Brecht für die Kranzniederlegung.  
Durlach, den 27. Okt. 1925.  
Die trauernden Hinterbliebenen:  
**Ludwig Mäule und Kinder**  
**Lisette Klebsattel und Familie.**  
Sulzfeld  
**Käthen Wagner Ww., Pforzheim.**

**Trauerbriefe**  
kriert schnell und billig die Verlagsgesellschaft „Wolfsfreund“ G. m. b. H., Lützenstraße Nr. 24.

**Auxolin HAARWASSER**  
Spende die Flasche Mk. 2.- u. 3.-  
Spendet u. reinigt den Haarboden u. verhindert die Schuppenbildung hinterläßt einen lieblichen, nicht aufdringlichen Veilchengesuch.  
**F. WOLFF u. SOHN-KARLSRUHE**

**Residenz-Lichtspiele**  
Waldstraße  
Nur noch bis einschließlich Donnerstag:  
**Anne-Liese v. Dessau**  
Ein Spiel von Liebe und Ruhm  
in 6 Akten  
Ferner:  
„Das deutsche akademische Olympia“  
Jugendliche haben Zutritt.

Seit Jahren ist ich an einem sehr schmerzhaften  
**Gesichtsjauchschlag**  
mit Schuppenbildung, Rissen und Entzündungen. Juckjucken und Rötungen trübten vermochten das Leben nur zeitweise zu lindern. Salben blieben nicht erfolgreich. Selbst war nicht zu ertragen. Die dreimalige Anwendung Ihrer 35-jährigen Luchers Patent-Zeichnungs-Selle hat in einer halben Woche das Leben so gründlich befreit, daß auch die nervöse Unsicherheit zu erlösenden Ausblich die heute ganz ausgeglichen sind. Ich muß somit Ihre Reklame voll bestätigen und bestätigen, daß sie durch tatsächliche Erfolge geteilt noch übertrifft wird.  
Bismarckstr. 5. Man bekommt Luchers Patent-Zeichnungs-Selle a Stk. 60 Pf. (15 Stk.) 1.- (25 Stk.) 1.50 (35 Stk.) 2.- (50 Stk.) 2.50 (75 Stk.) 3.50 (100 Stk.) 4.50 (150 Stk.) 6.50 (200 Stk.) 8.50 (300 Stk.) 12.50 (500 Stk.) 18.50 (1000 Stk.) 32.50  
in jeder Apotheke, Drogerie und Parfümerie.

**Daniels Konfektionshaus**  
Karlsruhe, Wilhelmstr. 36/37  
Billigste Bezugsquelle f. Damen-Konfektion.  
**Nähmädchen**  
für leichte Arbeiten können sofort eintreten.  
**Engmann**  
Kölnstr. 4 (Baden). 6800  
Abonniert die  
**Frauenwelt**  
durch die  
Volksbuchhandlung  
43 Adlerstraße 43.

**Sind Sie sich klar**  
darüber, wieviel Sie sparen können, wenn Sie statt des teuren Bohnerkaffees den echten Kathrein'schen Walzkaffee verwenden, von dem das Pfundpaket nur 50 Pfennig kostet und der dabei so vorzüglich schmeckt?

**Zum Augustiner**  
Ecke Solten- und Lessingstraße. — Tel. 6763.  
Inhaber: Xaver Marzluff. 6800  
Jeden **Schlachttag**.  
Spezialität: Augustiner-Schlachtplatten.  
R. Bier aus der Brauerei Ketterer, Pforzheim. Gutbürgerlicher Mittagstisch, sowie reichhaltige Speisekarte.

**Pianino's**  
Erstklassige anerkannte Fabrikate in mäßiger Preislage zu günstigen Bedingungen  
**Musikalien-Frits Müller**  
Kaufhaus, Ecke Waldstraße.

# BILLIGE ANGEBOTE

## Stickereien

- Wäschestickerei u. Feston 45 J
- Madapolamstickerei 95 J
- Wäschestickerei u. Einsätze 1.10
- Glanzarnstickerei 55 J
- Madapolamstickerei und Einsätze 75 J
- Unterrock-Stickerei 58 J

### Sehr billig

- Madapolamstickerei u. Einsätze 75 J
- Kanin schwz., 1, 2, 4, 6, 8 cm brt. je 1 cm breit Meter 80 J
- Seal Elektrik 2, 4, 6, 8 cm brt., je 1 cm brt. Mtr. 1.35
- Metallspitzen und Einsätze 5 cm Gold und Silber 10 cm 30 cm 60 cm breit Meter 1.25 2.50 5.75 9.85

## Spitzen

### Klöppel-Spitzen und -Einsätze

Serie I ca. 2 cm br., viele Must. u. Zäckch. Mtr. 8 J	Serie II ca. 2 cm breit, Doppelspitze Mtr. 15 J	Serie III ca. 3 cm br., schone Filetmuster Mtr. 25 J	Serie IV ca. 8 cm breit, neue Muster Mtr. 35 J
---	---	--	--

### Sehr vorteilhaft!

- Klöppel-Spitzen und Einsätze 10 Meter Stücke 95 J 75 J
- Klöppel-Hemdenpassen 55 J
- Stickerei-Hemdenpassen 75 J
- Cluny-Spitzen und Einsätze für Vorhänge, Meter 45 J 28 J
- Torchon-Ecken u. Quadrate 17/17 cm, Stück 25 J
- Valencienne-Spitzen und Einsätze Stücke zu 11 Meter 1.45 95 J

## Modewaren

- Kasakwesten mit Borten und Bublikragen . . . 1.95
- Schlupfwesten mit reicher Falten- oder Valenciennegarnitur . . . 2.50
- Jackenkragen moderne, kurze u. halblange Form m. Ripset u. Batist 95 J 75 J
- Spachtelkragen sehr modern für runden Ausschnitt in Ivore u. ockerfarb. 1.35
- Jabots zum Anstecken oder mit Stehkragen, reich garniert . . . 1.45
- Morgenhauben mit schöner Spitzengarnitur . . . 1.45 95 J
- Seidene Kasha-Schals "Die große Mode", in vielen bunten Farben . . . 3.75

## Für die Hausfrau!

- 2 Rollen Nähgarn, schwarz u. weiß
  - 1 Stern Leinwand, schwarz u. weiß
  - 1 Paar Schuhstiel
  - 1 Brief Stecknadeln
  - 1 Dutzend Leinwandstücke
  - 1 Stück Leinwand
  - 1 Brief Haarnadel
- zusammen 95 J

# TIETZ

**Ziehung garant. Gewinne**

für bedürftige bedachte Kriegsbeschädigte deren Witwen u. Waisen

Lose 2 M., 11 Lose 20 M.

**Bad. Gemeinde-Besitzer-Einkaufs-Lose**

Lose 1 M., 11 Lose 10 M.

Ziehung 20. November

**Gesamtgewinn**

29000  
11000  
9000  
2000  
7000  
11000

Losbriefe für wohltätige Zwecke mit sofortiger Gewinnabhebung

Porto u. Liste 20 Pf., empfangen

Ziehung 20. November

**J. Stürmer**, Lotterie- u. Unternehmenseinrichtung  
Mannheim, O. 7, 11

u. alle Lotteriekontrollen  
Festsetzung durch Reichsminister

K. Zwerg, Brunner, A. Kopf, Wwe., K. Maler, A. Martin, F. Treiber, L. Well

Beim nächsten Regenmeister, Schlagschauer 17 befinden sich folgende Hundehunde: 1 Schäferhundballard m., 1 Schäferhundballard m., 1 Schäferhundweibchen m., 1 Schäferhundweibchen m. Nicht innerhalb 3 Tagen vom Eigentümer abgeholt. Tiere werden getötet bezgl. verweigert. Ebenfalls werden am Freitag, den 20. d. Mts., vormittags 11 Uhr, folgende Hundehunde öffentlich gegen Bar versteigert: 1 Rotweiler m. und 2 Schäferhunde m. Karlsruhe, 27. Okt. 1923. Städtisches Schlacht- und Viehhofamt.

**Colosseum**

Nur noch einige Tage täglich 8 Uhr

"Darum ist's am Rhein so schön!"

Der große Lachschlager mit den besten Kölner Humoresken.

6672

Grete Finb erweckt Helderkeitsschreie.

**Badisches Landestheater**

Keine Vorstellung.

Harmonium

von Mk. 150 an

Teiltzahlung

**H. Maurer**

Kaiserstraße 176

Ecke Hirschstr.

**KAFFEE BAUER**

Heute Mittwoch, 8 1/2 Uhr abends

**Grobes Sonderkonzert**

der verstärkten Kapelle.

Ans dem Programm:

Ouverture zur Oper La forza del destino . . . Verdi

Die Moldau, Symphonische Dichtung . . . Smetana

Fantasia aus der Oper Der fliegende Holländer . . . Wagner

4. Cellokonzert . . . Goltermann

Solist: Max Nermesan

geschriebenen Maßnahmen durch besonders dafür bestellte Personen zu veranlassen.

§ 5.

Soweit die Ausführung bei der Nachschau als ungenügend erscheint, ist die Stadtgemeinde berechtigt, die Verpflichtungsarbeiten auf Kosten der Beteiligten vorzunehmen zu lassen. Eine besondere Gebühr hierfür kann auf Grund eines Gemeindebeschlusses erhoben werden.

§ 6.

Der Stadtgemeinde ist es überlassen, zur Durchführung der Maßnahmen besonders hierfür geeignete Verantwortlichkeiten aufzustellen, die diese Arbeiten auf Erlaßen der Verpflichteten und auf deren Kosten vorzunehmen, soweit nicht die Kosten der Durchführung der Maßnahmen von der Stadtgemeinde selbst übernommen werden.

§ 7.

Den mit der Ueberwachung und dem Solling der vorgeschriebenen Maßnahmen betrauten Personen ist, sofern sie sich gehörig ausweisen, das Betreten von Kellerräumlichkeiten zur Erfüllung ihrer Aufgabe bei Tage jederzeit zu gestatten. Bevor sie irgend welche Verfügungsarbeiten vornehmen, haben sie jedoch den Inhaber der Wohnung oder seinen Stellvertreter in Kenntnis zu setzen.

§ 8.

Weitere Anordnungen können durch das Bezirksamt getroffen werden; insbesondere kann die Anwendung eines als besonders wirksam erprobten Verfügungsmittels angeordnet werden.

§ 9.

Zwangsverhandlungen werden gemäß § 87 a P.O. u. d. an Geld bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

D. 3. 156

Karlsruhe, den 24. Oktober 1923.

2122

Bezirksamt — Polizeidirektion B.

**Badische Lichtspiele**

Konzerthaus

**COLIN ROSS**



spricht zu seinem Film

**MIT DEM KURBELKASTEN UM DIE ERDE**

Ab 31. Oktober bis 4. November täglich 8 Uhr abends

Samstag u. Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags

Sonntag, den 1. und Dienstag, den 3. November, keine Vorstellung

Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße

Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise

Wir bitten, die Karten rechtzeitig im Vorverkauf zu entnehmen, um den Andrang an der Abendkasse möglichst zu vermeiden

Besonders machen wir auch auf die Nachmittagsvorführungen aufmerksam

5891

**Bad. Landestheater**

Karlsruhe

hat der Firma Heinrich Stah, Buch- und Schreibwarenhandlung, in Bensheim (Telefon 486), die Vermittlung von Kartenbestellungen gegen Bar oder Vorauszahlung übertragen. Die Bestellungen werden von der Firma Heinrich Stah der Theaterkasse übermittelt. Die bestellten Karten werden an der Abendkasse zur Abholung bereit gehalten.

**Schlafzimmer**

mit groß. 180 cm breitem Bettgestell, beigem Rahmen, Kristallspiegel, 6 teilig, in Eisen und Kupfer geblüht, zu nur Mk. 650,-, Mk. 750,-, Mk. 880,- nur beste Verarbeitung.

Hebzeugen Sie sich von der Verlockung durch einen unüberwindlichen Befund mein Fabrikationsbüro. Jede Garantie.

5888

**Paul Feederle**

Waldschmied

Zurlacher Allee 58.

**Amtliche Bekanntmachungen**

Ueber das Vermögen der Firma Franz Engelmeier, Herren- und Damenwäsche, Textilwaren, in Karlsruhe i. B., Wäpplerstraße 12, wurde heute am 26. Oktober 1923, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da die Firma zahlungsunfähig ist. Der Reichsanwalt Dr. Fiebigler in Karlsruhe wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 18. November 1923 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem dieselbigen Gerichte zur Befriedigung über die Befriedigung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerversammlungsrates und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Mittwoch, den 18. November 1923, nachmittags 5 Uhr und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Mittwoch, den 2. Dezember 1923, nachmittags 5 Uhr, Zimmer 131. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist anzugeben, nicht an die Gläubigerversammlung zu handeln oder zu leisten, auch die Befriedigung anverleget, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 9. November 1923 Anzeige zu machen.

Karlsruhe, den 26. Oktober 1923.

Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts A. 1.

**Die Bekämpfung der Schnakenplage betr.**

Nachstehend bringen wir die Bestimmungen der für die Stadt Karlsruhe erlassenen ortspolizeilichen Vorschriften obigen Betreffs vom 16. Februar 1911 mit der Aufforderung zur genaueren Beachtung erneut zur öffentlichen Kenntnis:

§ 1.

Die Hauseigentümer oder deren Stellvertreter sind verpflichtet, die in den Kellern, Schuppen, Enten u. ähnlichen Räumlichkeiten überwinternden Schnaken durch Ausrücken der Räumlichkeiten mit einem geeigneten Mäuserpulver oder durch Abflammen der Wände und Decken, durch Zerbrechen mit leuchtigen Ziegeln oder in sonstiger wirksamer Weise zu vernichten. Die Mieter haben die betr. Räume zu freihalten. § 2.

Beim Abflammen ist zur Vermeidung von Feuergefahr mit der nötigen Sorgfalt zu verfahren; ein Stauer Behälter und ein Restbehälter sind zum Abflammen und Ausschlagen eines etwa entflammenden Feuers bereit zu stellen.

§ 3.

Wo feuergefährliche Gegenstände lagern, darf nicht abgeflammt werden.

§ 4.

Mit den Sanierungsarbeiten ist erst zu beginnen, wenn durch öffentliche Bekanntmachung des Bürgermeisters dazu aufgefordert wird. Die Arbeiten müssen spätestens am 15. Dezember beendet sein. Sind die Arbeiten nicht von Erfolg gewesen so sind sie zu wiederholen bis spätestens 15. Januar und erforderlichenfalls nochmals vorzunehmen bis spätestens 15. Februar, ohne daß es hierzu einer amtlichen Aufforderung bedarf.

§ 5.

Die Stadtgemeinde ist berechtigt, in den Wintermonaten sich von der richtigen Ausführung der vor-

**Strassenperre.**

In Abänderung und Ergänzung unserer Verfügung vom 26. September d. J. wird folgendes bestimmt:

1. Auf nachstehenden Strassenstrecken des Amtsbezirks Karlsruhe wird der Verkehr mit Kraftwerken aller Art während der beiseitegesetzten Zeit zwecks Herstellung neuer Schotterdecken geblendet.

1. Sandstraße Nr. 13, Karlsruhe - Stuttgart, zwischen km 6,567 u. 7,900 d. l. bei u. in Weingarten vom 27. bis 30. Oktober.

2. Kreisweg Nr. 33, Berglangen-Weißbach, von Sandstraße Nr. 11 Berglangen-Weißbach gegen Weißbach vom 31. Oktober bis 4. November.

3. Sandstraße Nr. 13, Karlsruhe - Stuttgart, zwischen km 9,843 und 12,500 d. l. von Berglangen bis Söllingen vom 5. bis 12. November.

4. Sandstraße Nr. 1 Frankfurt - Basel, von km 13,500 bis 14,750 d. l. zwischen Weingarten und Durlach vom 13. bis 18. November.

5. Dietelbe, km 9,00 bis 9,355 d. l. zwischen Untergrombach und Weingarten vom 19. bis 20. November.

Kleine Verfügungen in der Zeit der Einbedung der einzelnen Strassenstrecken können erforderlich werden. Zutreffendenfalls nimmt die Strassenperre ihren Anfang mit dem Tage des tatsächlichen Arbeitsbeginnes und endet am Tage der Fertigstellung der betreffenden Strassenstrecke.

Zwangsverhandlungen werden gemäß § 866 Pflr. 10 A. Str. G. B. mit Geld oder Haft bestraft.

2124

Karlsruhe, den 26. Oktober 1923.

D.-3. 161

Bezirksamt Mt. II a.

**Durlacher Anzeigen.**

**Bürgerauschuß-Verammlung.**

Ich berufe hiermit die Mitglieder des Bürgerauschusses zu einer Verammlung am

**Freitag, den 30. Oktober d. J., nachmittags 6 Uhr**

in den Rathsaussaal.

Tagesordnung wird zugeteilt.

Durlach, den 20. Oktober 1923. 2060

Der Oberbürgermeister.

**Arbeiter! Werbet für Euer Zeitung!**



**Pfannkuch**  
Eingetroffen  
der erste  
Waggon  
neue  
bosnische

**Zwetschgen**  
große Frucht  
80/85  
Pfd. 52 Pfg.  
extra große Frucht  
70/75  
Pfd. 60 Pfg.

**Neue  
Calamata  
Eh-  
Kranz-  
Feigen**  
Pfd. 52 Pfg.

**Pfannkuch**

**Speise-  
Zimmer**  
eiche, gebelst, mit schönem  
großem Buffet, reicher  
Schmuck und kristalli-  
nen Tischleuchten, 7 teilig,  
K. 570,-, K. 720,-, mit  
beste Verarbeitung, Ueber-  
zeugen Sie sich von der  
Verstellung durch einen  
unabhängigen Sach-  
verständigen. Jede  
Garantie. 5889

**Paul Feederle**  
Möbelfabrik  
Burlacher Allee 58.

**Großer Sonderverkauf**  
Mittwoch bis Samstag  
in **1 MARK-ARTIKELN**

Porzellan	Glaswaren	Wirtschafts-Artikel
1 Butterdose mit Aufschrift . 1.00	1 Compotschale 28 cm. . 1.00	12 Kaffeelöffel Aluminium . 1.00
1 Teekanne mit Blumen-Decor. 1.00	1 Sturzflasche „Olivenschiff“ 1.00	6 Eßlöffel Aluminium . . . 1.00
1 Kuchenteller mit Rosen-Decor. . 1.00	1 Blumen-Vase 25 cm hoch 1.00	1 Leibwärmer Weißblech . . 1.00
1 Gemüseschüssel m. Gold- rand . . . 1.00	6 Bierbecher glatt . . . 1.00	1 Ofengarnit. Schaufel, Haken Kräzer . . . 1.00
1 Mostkrug gran, Stein 2 1/2 Ltr. 1.00	6 Likörgläser glatt . . . 1.00	1 Kehr-u. Kohl-Schaufel 1.00
1 Salatschüssel rund, weiß . 1.00	6 Teegläser glatt . . . 1.00	1 Springform 28 cm . . . 1.00
1 Fleischplatte Paston 28 cm 1.00	6 Wasserbecher groß . . . 1.00	6 Messerbänke veralbert . . 1.00
4 Tassen mit Unt. weiß . . . 1.00	4 Goldrandbecher . . . 1.00	1 Backform u. 1 Schne- schläger . . . . . 1.00
3 Obertassen groß, weiß . . . 1.00	1 Butter- und Honigdöse 1.00	1 Spirituskocher mit mess. Bassin . . 1.00
4 Kinderbecher mit Rosen- Decor. . . 1.00	1 Zucker-, 2 Salzstreuer 1.00	
Steingut	Emaille	Holz- u. Bürstenwaren
1 Kinder-EB-Service best. 1.00	1 Wasserschöpfer mit Griffe . . 1.00	1 Besteckkasten und 1 Salat- beeck . . 1.00
6 Dessertteller gerippt . . . 1.00	1 Essenskanne groß . . . 1.00	1 Wichskasten buche . . . 1.00
1 Wandteller mit Dekor . . . 1.00	1 Nudelpfanne 18 cm . . . 1.00	1 Krauthobel mit 1 Messer . 1.00
1 Puddingform Melone . . . 1.00	1 Omelettpfanne 28 cm . . . 1.00	1 Salzmetze und 1 Rolldecke 1.00
1 Auflaufform braun . . . . 1.00	1 Milchtopf: Liter, gran . . . 1.00	1 Fleischklopper und 1 Kar- toffelstößel . 1.00
1 Kochtopf mit Deckel . . . 1.00	2 Schüsseln weiß, 20, 22 cm . 1.00	1 Schrubber, 1 Waschbürste . 1.00
3 Teller tief und 3 Tassen 1.00	1 Schmelzpfanne Eisen . . 1.00	1 Kokosbesen u. 1 Handbürste 1.00
2 Fleischplatten oval, weiß 1.00	1 Fleischtopf 18 cm, gran . . 1.00	1 Kokoshandbesen . . . 1.00
1 Milchtopf 2 Liter, weiß . . . 1.00	1 Stielkasserolle 18 cm . . . 1.00	1 Waschseil 25 Meter . . . 1.00
1 Teigschüssel braun . . . . 1.00	1 Waschbecken 28 cm, gran 1.00	2 Putztücher gute Qualität . . 1.00

Diese Artikel sind ein einmaliges Angebot und eignen sich auch für Vereins-Veranstaltungen, Verlosungen usw.

**KNOPF**

Im Lichthof  
Spezial-Verkauf in  
**STECKWOLLE**  
Sonderpreise

**Pfannkuch**  
Eingetroffen  
mehrere  
Waggons  
**Zwiebeln**  
tschische  
Pfd. 9 Pfg.  
10 Pfd. 85 Pfg.

**Parma-  
Zwiebeln**  
glanzhell  
Pfd. 12 Pfg.  
10 Pfd. 115 Pfg.

**Pfannkuch**

**Uhren  
Ketten  
Armbänder**  
in reicher Auswahl  
Reparaturen aller Art.  
K. Zepfel, Telefon 5889

**Piano**  
zu besonders  
günstigen Bedingungen  
die Ihnen den Kauf  
möglichst machen.

**Lang**  
Kaiserstraße 167  
Salamander-  
Schuhhaus.

**Fahrrad-Fabrik**  
führt  
sehr tüchtige  
**Metall-  
Polierer**  
Emaillierer  
welche selbständig  
Goldfäden ziehen u.  
Sandbläuerung aus-  
fertigen können.  
Schriftl. Offert. an:  
Etablissements Gurnier  
in Haguenau (Elsas)

**Handels-Hochschulkurfe**  
Karlsruhe  
Wintersemester 1925/26

- Bürgerliches Recht (Sachenrecht)**  
Dozent: Oberlandesgerichtsrat Dr. Levis  
Jeden Dienstag, abends 8 Uhr; Beginn 3. November.
- Das Verkehrsrecht**  
Dozent: Prof. Dr. Brauer  
Jeden Freitag 8 Uhr; Beginn 6. Nov.
- Uebungen auf dem Gebiet der Volkswirtschaftslehre**  
stattfindend im Anschluß an Vorlesung 2; Dozent u. Zeit wie bei 2.
- Geographie wichtiger Welthandelsstädte**  
Dozent: Regierungsrat a. D. Dr. Metz  
Jeden Montag 8 Uhr; Beginn 2. Nov.
- A. Die deutsche Großindustrie und ihre Bedeutung für das Wirtschaftsleben**  
B. Die mechanische Technologie der Metalle  
Zwei Vortragsreihen mit Vorführung von farb. Lichtbildern aus Hüttenwerken u. Fabrik-Betrieben  
Dozent: Prof. Dr. Kessner  
Jeden Mittwoch 8 Uhr; Beginn 18. November. 5901

Anmeldungen u. Prospekte bei A. Bielerfelds Hofbuchhandlung, E. Kundt, J. Lincks Buchhandlung, Buchhandlung „Zur Hauptpost“, Weststadtbuchhandlg. E. Lützerath.

**Berufs-Kleidung**  
aller Art, in nur guten Qualitäten und solider Ausführung, empfiehlt

**Weintraub**  
52 Kronenstr. 52. Tel. 3747.

**Voranzeige!**  
Ab Freitag:



Ein Zeitbild in 6 Akten in erstklassiger Besetzung:  
**Paul Harfmann \* Hella Moja**  
**Arnold Korff / W. Dieglmann**  
**H. Valentin / H. Brausewetter**

**Residenz-  
Lichtspiele  
Waldstraße**

Gute gelbe Bauländer  
**Speise-Kartoffeln**  
werden heute und folgende Tage zum Annahmepreis von **RM 3.10** per Zentner ausgeladen im Güterbahnhof, Eingang Altpapierstraße. 5885

**Fleisch-Verkauf!**  
Verkaufe morgen auf dem Wochenmarkt (Hauptmarkt)  
**Rindfleisch . . . 90-100 Pfg.**  
**Schweinefleisch . . . 140 Pfg.**  
**Karl Bommert.** 6014

**Strichfertige Del- u. Lackfarben**  
Pinsel, Schablonen usw.  
empfiehlt

**Drogerie Otto Mayer**  
Wilhelmstr. 20, Ecke Schäferstr., Telefon 1283.

**Wohnungs-  
Tausch.**  
Geboten in der Magaz-  
straße schöne 2-Zimmer-  
wohnung mit Mansarde.  
Gesucht in der Mittel- oder  
Südstadt ebensolche Ange-  
bote unter Nr. 5897 an das  
Volkshausbüro erbeten.

**RIEGELER  
BIER**

der Brauerei MEYER & SÖHNE  
zu Riegel im Breisgau.

In Karlsruhe und Umgebung zu beziehen in Flaschen, Fässern, auch in Syphons mit 5 u. 10 Ltr. durch

Biergrosshandlung  
**J. FRITZ, Karlsruhe**  
Kriegsstrasse 17      Telefon 5311